

Auftakt der Tarif- und Besoldungsrunde 2009

Weihnachtsgeld jetzt!

VON EBERHARD BRANDT

Das Weihnachtsgeld für das Jahr 2008 muss auch für Beamtinnen und Beamte in Niedersachsen gezahlt werden. Das fordert der DGB mit den Gewerkschaften des Öffentlichen Dienstes GEW, ver.di und GdP. Gelegenheit für die erforderlichen Landtagsbeschlüsse bieten die Landtagsitzungen im November und Dezember. Neu ist diese Forderung nicht. Die Gewerkschaften haben protestiert, als Wulff und Möllring 2004 die Sonderzahlung als Notopfer für den angeblich leidenden Landeshaushalt strichen. Seither fordern wir die Revision dieser Einkommenskürzung. Jetzt ist es an der Zeit, unsere Forderung durch neue Aktionen zu unterstreichen.

Tarifergebnis vollständig umsetzen!

2007 hatte Ministerpräsident Wulff ein Wahlgeschenk beschlossen: 860 Euro als Einmalzahlung. Jetzt sind die Wahlen vorbei und Herr Wulff geriert sich als Gutsherr, der seinen Untertanen Geschenke nach Gutdünken verteilt oder verweigert. Die Beamtinnen und Beamten in Niedersachsen wollen keine Ge-

schenke. Sie wollen, dass die im Tarifvertrag abgesicherte Sonderzahlung per Gesetz übertragen wird.

Seit dem Abschluss des TdL (Tarifvertrag der Länder) ist klar: Die Landesregierung ist bei dem Versuch gescheitert, die Sonderzahlung für die Tarifbeschäftigten zu streichen. Diese Absicht hatte die Regierung damit begründet, dass die Angestellten nicht besser gestellt sein dürften als die Beamtinnen und Beamten, denen die Regierung die Sonderzahlung schon weggenommen hatte. Nach Angaben des Finanzministers war die Sonderzahlung bereits für ein Drittel der Angestellten des Landes durch Klauseln im Arbeitsvertrag ausgeschlossen.

Die gemeinhin „Weihnachtsgeld“ genannte Sonderzahlung wurde im Tarifvertrag der Länder (TdL) für alle Tarifbeschäftigten festgeschrieben. 14 lange Wochen hatten die Tarifbeschäftigten im Jahre 2006 gestreikt. Sie hatten eine Tarifierhöhung von 2,9 Prozent und andere Zahlungen sowie ein nach Einkommen gestaffeltes Weihnachtsgeld durchgesetzt. Die Landesregierung hat die Tarifierhöhung für die Bezüge umgesetzt, nicht aber die Sonderzahlung. Wir fordern gleiches Recht für Angestellte und Beamte, also die vollständige Um-

setzung des Tarifergebnisses. Herr Ministerpräsident, werden Sie aktiv!

Kräftige Tarif- und Besoldungserhöhung 2009

Im Januar 2009 beginnen die Gewerkschaften des Öffentlichen Dienstes GEW, ver.di und GdP die Tarifverhandlungen mit den Ländern. Wir fordern eine kräftige Erhöhung der Gehälter und der Bezüge. Bei der Diskussion in der Mitgliedschaft gilt die Forderung der IG Metall von 8 Prozent als Orientierungsmarke. Der Nachholbedarf gegenüber der Einkommensentwicklung der Privatwirtschaft ist groß. Wir brauchen eine Realloohnerhöhung, die die Preisentwicklung ausgleicht. Insbesondere die jungen Angestellten müssen besser bezahlt werden. Die skandalös niedrigen Referendarbezüge müssen um 1/3 angehoben werden. Niedersachsens Landesregierung muss ihren Kurs korrigieren. Andere Länder bezahlen längst besser. Unsere pädagogischen Berufe müssen attraktiver werden.

Wenn sich die Arbeitgeber, die Bundesländer, störrisch zeigen, müssen wir ihnen nachhelfen. Mit Aktionen bis hin zu Streiks der angestellten Lehrerinnen und Lehrer und des nicht lehrenden Schulpersonals in den Schulen, in den Dienststellen des Landes und bei der Polizei. Auch Beamtinnen und Beamte müssen bei Gewerkschaftsaktionen aktiv sein. Denn eines ist klar: Alle, Tarifbeschäftigte, Beamte und Pensionäre, brauchen eine deutliche Anhebung der Einkommen. Das neue Tarifergebnis muss zeit- und inhalts- gleich übertragen werden. Durch gemeinsames Handeln von Angestellten und Beamten sind wir stark und durchsetzungsfähig! Auch Seniorinnen und Senioren sollen sich an den Aktionen beteiligen.

Aktionstag am 12.12.2008

Als Auftakt zur Tarif- und Besoldungsrunde führen die DGB-Gewerkschaften des Öffentlichen Dienstes am 12.12.2008 einen Aktionstag durch: In Hannover vor dem Landtag und dem Finanzministerium. Schulpersonalräte und Personalräte anderer Bildungseinrichtungen können den Aktionstag als landesweiten Tag der Personalversammlungen nutzen, um ihre Beschäftigten über das Weihnachtsgeld und die Einkommensentwicklung zu informieren. Alle Kolleginnen und Kollegen werden angesprochen, unsere Forderungen mit ihrer Unterschrift zu unterstützen.

